

Zum Verhältnis zwischen Europa und Amerika

Frankfurter Allgemeine Zeitung GmbH

Die Welt ist in einem historischen sozialen und politischen Umbruch; und er wird, wie seit Menschengedenken immer, durch eine Revolution der Kommunikation verursacht und vorangetrieben. Kein Teil unserer Welt kann davon unberührt bleiben, auch die atlantische Gemeinschaft nicht. Nationale Interessen beginnen freundschaftliche Beziehungen zu verdrängen, und so befinden sich Europa und die Vereinigten Staaten auf dem Weg zu gefährlichen außen- und wirtschaftspolitischen Konflikten. Ein emotionaler Antiamerikanismus auf europäischer Seite wird gespiegelt von unverhohlener amerikanischer Missachtung des schwächlichen Partners: Europa und die Vereinigten Staaten, scheinbar über ein Jahrhundert hinweg Wertegemeinschaft, Freunde und Partner, befinden sich auf einem dramatischen Konfrontationskurs mit offenem Ausgang.

Was ist passiert? Ist Präsident Trump, der die isolationistische Parole Woodrow Wilsons „America first“ aus dessen Wahlkampf 1916 wieder aufgegriffen hat, nur ein historischer Unfall, wird nach Trump alles wieder so sein wie in unserer Erinnerung an die Jahrzehnte vor und nach 1945? Oder ist Trump in Wahrheit nur der ungeschlachte Beleuchter einer seit langem verdrängten Realität? Waren denn [George W. Bush](#) und die höhnische Verachtung seines Secretary of Defense, Donald Rumsfeld, im Irak-Krieg für das „alte“ Europa und die bedenkenlose Spaltung des europäischen Kontinents durch die von den Vereinigten Staaten initiierte „Allianz der Willigen“ mit dem „neuen“ Europa auch nur ein Zwischenfall? Ist Europa nicht doch nur der nützliche geopolitische „Brückenkopf der Vereinigten Staaten auf dem eurasischen Kontinent“, wie Zbigniew Brzezinski, der bedeutendste geopolitische Denker der neuzeitlichen Vereinigten Staaten, in seinem Weltbestseller „The Grand Chessboard: American Primacy and It's Geostrategic Imperatives“ 1997 schrieb? Hatte nicht schon der Sicherheitsberater von John F. Kennedy, McGeorge Bundy, einst Konrad Adenauer mit der Feststellung empört, Europa werde zukünftig nicht von Frankreich, Großbritannien oder Deutschland geführt werden, sondern von den Vereinigten Staaten? Wir Europäer haben uns zu lange in einer Illusion von Sicherheit und Partnerschaft mit den Vereinigten Staaten bequem gebettet, aber nun muss Europa seine Interessen und die seines großen atlantischen Partners nüchterner verstehen, ohne emotionalen Zorn und Enttäuschung.

Die Vereinigten Staaten sind eine kontinentale Insel, sicher geschützt von zwei weiten Ozeanen. Sie sind in erster Linie eine Seemacht – und Seemächte haben keine wesentlichen Nachbarn. Aber wer keine Nachbarn hat, auf die er gelernt hat, sicherheitspolitisch Rücksicht zu nehmen, der hat auch nie gelernt, die Interessen anderer zu verstehen. Ganz anders Deutschland mit seinen Landesgrenzen zu neun verschiedenen Staaten.

Für eine Seemacht hatte es, ganz im Sinne jahrhundertelanger Tradition, schon 1848

der britische Außenminister Palmerston formuliert: „Wir haben keine ewigen Freunde und wir haben keine dauerhaften Feinde. Unsere Interessen sind ewig und dauerhaft, und diesen Interessen zu folgen ist unsere Pflicht.“ Ganz ähnlich 2017 Trumps ehemaliger Sicherheitsberater [H. R. McMaster](#) mit dem Vorsitzenden des Nationalen Wirtschaftsrats, Gary David Cohn, im „Washington Journal“: „Wo unsere Interessen übereinstimmen, sind wir offen für eine Zusammenarbeit. Denjenigen aber, die sich entscheiden, unsere Interessen herauszufordern, werden wir mit fester Entschiedenheit entgegentreten.“ McMaster und Cohn mussten inzwischen noch härteren Kollegen weichen – die Haltung im Weißen Haus ist noch unversöhnlicher geworden.

Doch warum jetzt diese Konflikte mit Europa? Allzu oft verstehen wir die zunehmenden weltweiten Verflechtungen, genannt „Globalisierung“, nur als ein positives ökonomisches Phänomen, als effizientere Lieferketten, neue Märkte, wachsenden Wohlstand (auch in den Entwicklungsländern) und völkerverbindende Kooperationsmöglichkeiten. Das alles ist richtig und begrüßenswert. Globalisierung hat aber auch zwei politisch höchst gefährliche Folgen: Einmal können wirtschaftliche Entscheidungen ferner Länder schwerwiegende Wirkungen im eigenen Lande haben – muss zum Beispiel Deutschland jetzt aus Wettbewerbsgründen die Unternehmensteuern senken, weil die Vereinigten Staaten es getan haben? Globalisierung vermittelt den Menschen folglich zunehmend das Gefühl, nicht mehr Herr im eigenen Hause zu sein, sie wollen dann ihre demokratische Kontrolle zurückgewinnen, und das führt immer häufiger zu nationalistischen Reaktionen. Trump ist hierfür ein Beispiel, der Brexit auch.

Aber auch die hoffnungsvolle Erwartung Immanuel Kants, dass Welthandel schon aus „Eigennutz“ ein gegenseitiges Interesse am Frieden entstehen lassen werde, trägt. Denn wo der globale Wettbewerb zu Nachteilen des eigenen Landes führt, dort kann aus dem friedlichen „Handelsgeist“ leicht ein gefährlicher Wirtschaftskonflikt werden. Konkurrenz und Wirtschaftsinteressen waren ja auch, wie besonders die angelsächsische Geschichtsschreibung heute umfangreich belegt, die wahre Ursache für den Eintritt Großbritanniens und der Vereinigten Staaten in den [Ersten Weltkrieg](#).



3D-DRUCK

Wie zuverlässig und reproduzierbar sind 3D-Produkte und -Prozesse?

Der 3D-Druck eröffnet vielfältige Möglichkeiten. Doch gerade im Flugzeug- und Automobilbau oder in der Medizin-Branche ist eine hohe Sicherheit im Umgang mit neuen Materialien und Prozessen erforderlich... Mehr...

Mehr

Nun sind militärische Konflikte zwischen Amerika und Europa natürlich nicht zu erwarten. Aber nachdem die Vereinigten Staaten alle seit 1945 militärisch geführten Kriege faktisch verloren haben (Vietnam, Afghanistan, Irak, Libyen, Syrien), setzen sie nun ihre zwischenzeitlich enorm gewachsene wirtschaftliche Macht ebenso hart im einseitigen Interesse ein. Denn heute sind sie die eigentliche Weltmacht der „soft power“: Englisch ist Weltsprache, nicht nur des Handels; der Dollar ist die wichtigste Reservewährung der Welt und deswegen ein faktisch unvermeidbarer Berührungspunkt im Welthandel; Amerika beherrscht den Weltmarkt neuer Kommunikationstechnologien, ist weltweit Teilhaber der größten Anwaltskanzleien, Wirtschaftsprüfergesellschaften und Werbe- wie PR-Agenturen und dehnt seine Standards und Rechtssprechung unbedenklich auf den ganzen Globus aus; die in der westlichen Welt größten Wirtschafts- und Technologiefirmen sind fest in ihren Händen. Und die Vereinigten Staaten sind schließlich selbst ein großer, weltweit umworbener Markt.

Um ihren Interessen Nachdruck zu verleihen, haben die Vereinigten Staaten ein weitverbreitetes System von Handelsverboten entwickelt, das sie im Interesse ihrer Wirtschaft und ihrer Politik mit sogenannten Sanktionen bewaffnen, deren völkerrechtliche Zulässigkeit zwar umstritten ist, aber wirksam sind sie dennoch: Wer gegen diese Sanktionen verstößt und als Person oder Unternehmen an anderer Stelle entweder den amerikanischen Markt berührt oder den Dollar nutzt, muss mit immens hohen Strafen durch amerikanische Behörden rechnen. „Soft“ Power? Oder, wie der „Economist“ im Oktober 2017 titelte, eher die „nuclear option“ des Wirtschaftskrieges?

Im Dezember 2017 schrieb Edward Fishman, langjähriger Experte für Sanktionen im Planungsstab des amerikanischen Außenministeriums, aufschlussreich in „Foreign Affairs“ unter dem Titel „Even Smarter Sanctions – How to Fight in the Era of Economic Warfare“, Sanktionen seien von den Vereinigten Staaten auf vielen Feldern eingesetzt worden, übrigens von Obama mehr als von irgendeinem seiner Vorgänger, und Fishman fährt fort: „Es ist eine dritte Kategorie, auf die amerikanische Behörden in letzter Zeit so viel Gewicht gelegt haben: Sanktionen, um zu zwingen. Ihr Zweck ist es, wirtschaftlichen Druck auszuüben, um eine ausländische Regierung dazu zu bringen, etwas zu tun, das sie nicht tun will (oder davon abzulassen, etwas zu tun, das sie tun möchte).“ Nord Stream lässt grüßen!

Was könnten wir Europäer dem entgegensetzen? Amerika kann seine politischen Interessen eben auch deswegen so unbedenklich einsetzen, weil es als kontinentale Insel von Chaos an fernen Orten nur selten berührt wird. Hier wurzelt ein elementarer Unterschied der Interessen zwischen Amerika und Europa: Für Amerika ist es letztlich nur eine Machtfrage, welche Verhältnisse, zum Beispiel, im Nahen Osten herrschen. Ein völkerrechtswidriger Krieg im Irak, begonnen gegen das Votum Frankreichs und Deutschlands, führte zwar im Nahen Osten zu dem erwarteten geopolitischen Chaos, zu Terrorismus und enormen Flüchtlingsbewegungen – aber mit dem Ruderboot kann man eben die Küsten von Maine und Massachusetts nicht erreichen, wohl aber die Küsten Europas. Und würde die Sanktionspolitik gegenüber Russland zu einer Destabilisierung des Landes führen, wäre das aus Sicht der unmittelbar benachbarten Europäischen Union eine Katastrophe, Amerika bliebe aber weitgehend unberührt.

Auch um die Russland-Politik der Vereinigten Staaten seit 1990 zu verstehen, muss man wohl in die Geschichte schauen. Russland war schon im neunzehnten Jahrhundert der geopolitische Angstgegner jener „special relation“ zwischen Vereinigten Staaten und Großbritannien, weil das Zarenreich einen direkten Zugang zum Mittelmeer suchte und damit die Gefahr verbunden war, Russland könne einen direkten Landweg nach Indien gewinnen. London betrachtete das als eine zentrale Bedrohung des britischen Empires. Dies war auch die Ursache des Krim-Krieges (1853 bis 1856) und blieb in den Jahren nach dem Ersten Weltkrieg für die Aufteilung des zerfallenden Osmanischen Reiches maßgeblich. Einflussreich war wohl auch die bis heute sehr wirkungsvolle These des britischen Geopolitikers Halford Mackinder, der 1904 in einer Studie den Raum Europa und westliches Russland als das „Heartland“ für die Beherrschung der Welt bezeichnete. Auch Brzeziński zitiert Mackinder positiv in seinem Buch „The Grand Chessboard“. Waren das auch die Überlegungen, die der Nato-Erweiterung nach 1990 zugrunde lagen?

Die Globalisierung und deren Folgen haben heute die geopolitischen Interessengegensätze zwischen Europa und Amerika schonungslos offengelegt, und Europa steht der Interessenpolitik der Vereinigten Staaten hilflos gegenüber. Sind wir nur noch die „Vasallen“ Amerikas, wie der französische Außenminister kürzlich befürchtete? Die ehrliche Antwort muss wohl leider ein klares „Ja“ sein: Denn viel mächtiger als Europa und geopolitisch völlig anders gelagert, können die Interessen der Vereinigten Staaten im „Zeitalter des Wirtschaftskrieges“ (Fishman) niemals wieder mit denen Europas übereinstimmen, solange Amerika dem Partner Europa so einseitig überlegen bleibt.

Muss Europa resignieren? Ich glaube, nein. Aber ohne eine nüchterne Analyse der Ausgangslage werden wir die notwendige Stärke nicht wieder erlangen. Und das muss zunächst mit einer unvoreingenommenen Betrachtung der [Nato](#) beginnen. Die Nato verbirgt nämlich eine unhaltbar asymmetrische Konstruktion: Im Verteidigungsfall haben sich die Partner zwar zu gegenseitiger Unterstützung verpflichtet, aber im Vorfeld eines möglichen Verteidigungsfalles gibt es keine Regelung für eine wirksame außenpolitische Abstimmung. Iran ist gegenwärtig ein warnendes Beispiel, aber auch das Verhältnis zu Russland, das doch für alle Lösungen im Nahen Osten entscheidend sein wird. Ein Kontinent aber, der weder Herr über seine Verteidigung noch über die Außenpolitik gegenüber seiner unmittelbaren Nachbarschaft ist, verfügt nicht über wirkliche Souveränität.

Warum, zum Beispiel, fanden vermittelnde Überlegungen zur Ukraine-Krise des doch auch in Amerika als „Falken“ verstandenen Brzeziński bei uns keinerlei Resonanz? Im Juni 2015, also mehr als ein Jahr nach der völkerrechtswidrigen Annexion der Krim durch Russland, schlug Brzeziński vor, der Ukraine zwar zu ermöglichen, sich eng an Europa anzuschließen, zugleich aber den Eintritt in die Nato, der 2008 mutig, aber doch nur vorläufig durch Deutschland und Frankreich blockiert werden konnte, endgültig auszuschließen; wie Finnland könne dann, so fährt Brzeziński fort, die Ukraine einen speziellen Sicherheitsstatus bekommen.

Oder: Warum haben die Vereinigten Staaten nach 1990 die Möglichkeiten einer echten Entspannung mit Russland so wenig genutzt, dass sogar der ehemalige amerikanische Nato-Botschafter Robert Hunt im Februar 2015 in der „Financial Times“ schreiben konnte, dass, obwohl auch Moskau alles andere als kooperativ

gewesen sei, „der Westen (und insbesondere die Vereinigten Staaten) Vorteile aus der schwachen Lage Russlands zog“ und „grundlos den Anti-Ballistik-Raketenvertrag fallenließ, Raketen-Abwehrsysteme im Zentrum Europas aufstellte und entgegen einer Absprache dort Nato-Truppen stationierte und die Nato-Mitgliedschaften so erweiterte, dass Russland sich eingekreist fühlen konnte“? Und das war keine Stimme von „Russia Today“, sondern, wie gesagt, von einem ehemaligen amerikanischen Nato-Botschafter in der „Financial Times“! Warum gab es darauf keine Resonanz in Europa?

Die gegenwärtigen Antworten Europas auf die Interessenpolitik des „America First“ müssen natürlich auf die aktuellen Herausforderungen eingehen. Aber mittel- und langfristig sind sie noch unzulänglich. Nicht im Stil, da sind Verbindlichkeit und Höflichkeit auch gegenüber Präsident Trump geboten. Aber Europa muss nicht nur aktuell seine kurzfristigen Interessen in Zoll- und Handelsfragen bedenken, sondern auch eine langfristige, entschlossene Überlebensstrategie entwickeln. Dass dafür eine viel grundsätzlichere Übereinstimmung zwischen Deutschland und Frankreich erforderlich wäre, als sie gegenwärtig diskutiert wird, scheint mir selbstverständlich. De Gaulle und Adenauer bleiben die Vorbilder. Und was sollten die Ziele sein?

Erstens: Europa sollte geschlossen darauf dringen, dass zukünftig außenpolitische und militärpolitische Entscheidungen Vereinigten Staaten, die den mittel- und osteuropäischen Raum, aber auch den Nahen Osten betreffen, mit den europäischen Institutionen abgestimmt werden müssen. Eine Abstimmung allein in der Nato reicht nicht, schon deswegen nicht, weil wichtige europäische Staaten gar nicht Mitglied der Nato sind. Wenn Amerika aber seine Alleingänge in unserer Nachbarschaft fortsetzen will, dann muss Europa die Nato in ihrer heutigen Form politisch in Frage stellen und seine eigenen, unabhängigen außen- und verteidigungspolitischen Entscheidungen treffen.

Zweitens: Europa muss langfristig Weichen stellen, um den Euro und seine internationale Verwendung so zu stärken, dass er als internationales Zahlungsmittel auch ohne Berührung des Dollarraumes eingesetzt werden kann. Die Folgen der heutigen amerikanischen Sanktionspolitik können wir nicht auf Dauer akzeptieren. Hier ist finanzpolitische Phantasie gefragt. Drittens: Unternehmen Europas sollten davor gewarnt werden, dass Investitionen auf dem amerikanischen Markt zwar gegenwärtig Gewinne versprechen mögen, aber bei Geschäften mit dem Rest der Welt auch Sanktionsgefahren ausgesetzt sein könnten; das Weltunternehmen Würth hat aus diesem Grunde seine amerikanischen Investitionen bereits ausgesetzt. Viertens: Europa muss sich das Ziel setzen, im Bereich der großen, weltweit operierenden Internetunternehmen ein gleichwertiger Wettbewerber zu werden. Dass eine solche Aufholjagd für 500 Millionen Europäer möglich sein sollte, zeigt unser Erfolg beim Airbus seit 1969. Die damalige Strategie kann Vorbild auf dem Internetsektor sein. Allerdings: Die heutigen Beihilferegeln der EU wären dann nicht mehr akzeptabel.

Wenn Europa kein Vasall der Vereinigten Staaten bleiben will, dann müssen wir uns mit gelassenem Mut, ohne emotionalen Antiamerikanismus, aber mit entschlossenem Handeln von der Vorherrschaft der Vereinigten Staaten befreien. Nur so können wir auch ein verlässlicher Partner Amerikas bleiben.

Klaus von Dohnanyi, SPD, war von 1972 bis 1974 Bundesminister für Bildung und

Wissenschaft, von 1969 bis 1981 Mitglied des Deutschen Bundestags und von 1981 bis 1988 Erster Bürgermeister der Freien und Hansestadt Hamburg. An diesem Samstag feiert er seinen neunzigsten Geburtstag.